

Inhalt

Vorwort	7
Bastionen und Vorposten	
Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter: Archiv des Unrechts	13
Ständige Vertretung der DDR, Bonn:	
Herr Rotkohl und die Totalitäten	21
Büros für Besuchs- und Reiseangelegenheiten, West-Berlin:	
Nie auf die Toilette mit dem Feind!	32
Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn:	
Die letzte Innerdeutsche	39
Schicksalsorte	
Aufnahmelager für DDR-Flüchtlinge, Gießen:	
Erste Adresse im Westen	49
Rechtsanwaltskanzlei von Wolfgang Vogel, Ost-Berlin:	
Ein Lotse in die Freiheit	59
Auffanglager für Übersiedler aus dem Westen, Molkenberg:	
Unter Verdacht	69
Sporthalle Köln: Der Mauerfall vom Rhein	77
Aufnahmelager für desertierte NATO-Soldaten, Bautzen:	
Flucht in den Osten	85
Grenzlinien	
Mödlareuth: Weltgeschichte vor dem Küchenfenster	97
Grenzübergang Hirschberg/Rudolphstein:	
»Die DDR pfeift, und wir tanzen«	107
Postzollamt Falkenberg: Irgendwie, irgendwo, irgendwann	117
Betonwerk Malchin: Der Trick mit der Optik	127

Hoffnungstaler

Das ZDF in Ost und West: Die Störenfriede	137
Schlosshotel Wilhelmshöhe, Kassel:	
Denkpause mit Erdbeeren	153
Bürgerhaus Neunkirchen: Ein weißer Löwe für das Saarland	161
RIAS-Gebau, West-Berlin:	
»Das ist eine Karte aus dem Osten«	171

Kuriose Teilung

Priwall, Travemünde/Lübeck: Refugium am Ende der Welt	181
Haus Zenner, Ost-Berlin: »Selbst aufs Klo kam man nur mit Westgeld«	191
Reichstagsgebau, West-Berlin: Zimmer mit Telefon	201

Handelswege

Planetarium, Wolfsburg: Der Stern von Bethlehem aus Jena	211
Antikhandel Pirna: Vom Kellner zum Millionär	219
Deponie Schöneiche: Westmull für den Frieden	229

Deutsch-deutsche Welt

Sopron, Ungarn: Panik im Sonnenblumenfeld	241
Flughafen Gander, Kanada: Die Tür in die Freiheit	249

Deutsche Orte: Zum Fotoessay von Götz Schleser 256

Anhang

Kleines Glossar:	
Die deutsch-deutschen Beziehungen in 25 Begriffen	261
Literaturverzeichnis	268
Abbildungsnachweis	269
Karte	271



Die Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen wurde 1961 in Salzgitter ins Leben gerufen, um Unrechtsfälle in der DDR zu erfassen. (Aufnahme von 1962)



Seit dem 9. November 2009 erinnern eine Stele und ein Stück der Berliner Mauer an die ehemalige Funktion des Gebäudes. Heute befindet sich hier ein Polizeirevier. (Aufnahme von 2012)

Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter: Archiv des Unrechts

Die kleine Behörde in Niedersachsen war der DDR ein Dorn im Auge und für einige West-Politiker ein Hindernis auf dem Entspannungsweg. Bis 1989 schrieb sie eine Chronik der ostdeutschen Diktaturgeschichte.

Am ehemaligen Grenzübergang Marienborn hängt eine Tafel mit dem innerdeutschen Todesstreifen, 119 Nadeln bohren sich in den Verlauf der einstigen Grenze. Haben sie schwarze Köpfe, sind dort Flüchtlinge von DDR-Grenzsoldaten erschossen worden; sind die Nadelköpfe weiß, erledigten das die Selbstschussanlagen und Minen, oder die Menschen sind ertrunken. 119 Todesfälle, die der »Zentralen Beweismittel- und Dokumentationsstelle der Landesjustizverwaltungen« in Salzgitter bekannt geworden sind. 119 Gründe, warum diese Behörde zu einem der wichtigsten Beobachter der ostdeutschen Diktatur wurde. Als »Relikt des Kalten Krieges« von der DDR bekämpft, als Störfaktor in der Entspannungspolitik von westlichen Politikern infrage gestellt, hielt diese Behörde all das fest, was die DDR-Organe gern vertuscht und worüber einige im Westen aus taktischen Gründen lieber hinweggesehen hätten: Menschenrechtsverletzungen, schreiendes Unrecht, juristische Willkür, Grenz-mord.

Wer heute nach der einstigen Behörde sucht, trifft auf einen Gedenkort vor dem zweigeschossigen Zweckbau mit Klinkerfassade am Pflingstanger in Salzgitter-Bad, in dem heute die Polizei residiert. Seit dem 9. November 2009 erinnern eine Stele und ein Teilstück der Berliner Mauer an eine »Adresse der Hoffnung«, wie es auf der Plakette heißt. Was ist sonst geblieben? In Marienborn liegt noch das blecherne Behördenschild, der Aktenbestand befindet sich längst im Koblenzer Bundesarchiv. Nicht so einfach wegzuräumen sind Erinnerungen und auch Ressentiments. Es gibt jene, die Salzgitter eine bedeutende Rolle bei der Aufarbeitung der DDR-Diktatur nach der Wiedervereinigung zubilligen, und andere, die noch immer von den Kalten Kriegern

im Justizdienst sprechen. Dabei ist die Ermittlungsbilanz von Salzgitter ziemlich eindeutig: 42 000 Gewaltakte, 2700 Misshandlungen im Strafvollzug, über 34 000 Verurteilungen aus politischen Gründen, 270 Tote an der Berliner Mauer und der innerdeutschen Grenze.

Beim niedersächsischen Örtchen Duderstadt-Brochthausen bohren sich vier Stecknadeln in die Salzgitter-Karte, drei schwarze, eine weiße. Hier im Hügelland des Eichsfelds sind die Schneisen der deutschen Teilung kaum mehr zu sehen. Die Natur hat sich zurückgeholt, was ihr einst genommen wurde. Auf dem früheren Grenzstreifen steht für Wanderer eine dieser praktischen Rasthütten bereit, davor eine Tafel, die daran erinnert, wie tödlich der unscheinbare Pfad einst war. So auch am 14. Dezember 1971. Der Tischlermeister Rudolf Ballhausen sitzt beim Abendbrot, als seine Großmutter hereinplatzt: »Rudi, da ist eben eine Mine hochgegangen. Da schreit ein Kind, du musst helfen.« Er schnappt sich den Gymnasiasten Dieter Brämer und rennt los in Richtung der rund einen halben Kilometer entfernten innerdeutschen Grenze.

Hinter dem Metallgitterzaun bietet sich ihnen ein schreckliches Bild. Im Grenzstreifen ist die Flucht einer jungen Familie gescheitert. Der Mutter hat eine Mine den Unterschenkel abgerissen, der Vater liegt, von der Detonation getroffen, auf der Westseite des Zaunes, das 13 Monate alte Kleinkind ist durch die Wucht der Explosion fortgeschleudert worden und bewegt sich nicht mehr. Die Grenzposten der DDR haben von all dem noch nichts mitbekommen. Mit einem Spaten versuchen sich die Helfer aus dem Westen unter dem Zaun hindurchzugraben, was misslingt. Sie drücken ein Loch in den Zaun. Als das Metall endlich nachgibt, kriecht Dieter Brämer durch den engen Spalt. »Mir ist das Herz in die Hose gerutscht. Überall lagen Minen. Zwanzig Zentimeter waren es noch bis zu dem Kind, aber ich dachte: Noch einen Schritt und du stirbst. Schließlich half mir ein Zöllner, er kam ebenfalls durchs Loch gekrochen und reichte mir das Kind weiter.« Der Zöllner tastet sich dann weiter zu der schwer verletzten Frau, zieht sie hinüber auf die Westseite, dann durch das Loch – geschafft. Er löst seine Krawatte, um ihr das Bein abzubinden. Anderthalb Stunden höchste Gefahr, dann ist die junge Familie in Si-

cherheit. Als die patrouillierenden DDR-Grenzer eintreffen, ist alles erledigt. Einer der Soldaten wirft das abgetrennte Bein in Richtung Westen.

Kein Beteiligter hat diesen widerlichen Akt vergessen, keiner diese mutige Rettungsaktion. Die Mutter sollte an den Spätfolgen ihrer Verletzung sterben, das Kleinkind von damals ist heute eine Frau in den Vierzigern, die es hinaus in die Welt gezogen hat. Mitte der Neunzigerjahre wurden Rudolf Ballhausen und Dieter Brämer schlagartig an die Schicksalsnacht vom Dezember 1971 erinnert. Sie traten als Zeugen bei einem Prozess gegen ehemalige Grenzoffiziere in Erfurt auf. Dass es dazu kam, hat entscheidend mit der Zentralen Erfassungsstelle und den Protokollanten der DDR-Verbrechen zu tun. So sieht es jedenfalls Oberstaatsanwalt Hans-Jürgen Grasemann, der in den späten Achtzigerjahren Vizechef der Behörde war. Die Jahre in Salzgitter haben ihn geprägt. Ihm hatte eingeleuchtet, dass der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, am 5. September 1961, also nur wenige Wochen nach dem Mauerbau, die Ministerpräsidenten der Bundesländer aufforderte, »allen Anhängern und Dienern des Pankower Regimes eindeutig vor Augen zu führen, dass ihre Taten registriert und sie einer gerechten Strafe zugeführt werden«. Brandt dachte dabei an die Institution in Ludwigsburg, die 1958 für die Ermittlung von Naziverbrechen geschaffen worden war. Er schrieb: »Wegen der nahezu völligen Identität der jetzt vom SED-Regime in der Zone und in Ost-Berlin angewandten Methoden mit denen des Nationalsozialismus dürfte die Ludwigsburger zentrale Stelle für die nunmehr erforderlichen Ermittlungen besonders gut geeignet sein.« Ob sich der einige Jahre später zum Entspannungspolitiker gewandelte Brandt an diese Sätze noch erinnerte?

Für Staatsanwalt Grasemann war Salzgitter das »Archiv des Unrechts« schlechthin, das sich für den Tag X wappnete, an dem man endlich Zugriff auf die Täter haben würde. Bis dahin musste sich die Behörde mit symbolischen Handlungen begnügen. Die von den Ländern abgeordneten Staatsanwälte ermittelten oft gegen unbekannt, kannten bei Zwischenfällen an der Grenze allenfalls das Regiment, so gut wie nie den Schützen. Anklage konnte nur in der Bundesrepublik erhoben werden, und in den meisten Fällen fehlten Unterlagen von DDR-Seite, die das ganze Verbrechen hätten erhellen können. Man

stützte sich somit auf Ermittlungen des Bundesgrenzschutzes, des Zolls und nicht zuletzt auf die Aussagen freigekaufter Häftlinge. »Wir hatten nie das Gefühl, für den Papierkorb zu arbeiten. Gerade von politischen Gefangenen habe ich immer wieder gehört, wie wichtig Salzgitter für die Inhaftierten in der DDR war. Die wussten, es gibt im Westen eine Dienststelle, die schreibt die Misshandlungen auf. Die Opfer haben sehr nüchtern in den Polizeiprotokollen geschildert, was sie erlebt hatten – nie mit Schaum vorm Mund.«

Kaum eine Behörde spaltete die politischen Lager in der Bundesrepublik so tief wie Salzgitter. Dorothee Wilms, die letzte Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, sieht das Jahr 1984 als den Zeitpunkt, an dem sich der mühsam erhaltene parteiübergreifende Konsens auflöste. »Die SPD-Bundestagsfraktion bereitete ihr Dialogpapier mit der SED vor und hielt die Erfassungsstelle für nicht mehr zeitgemäß. Die Länder Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Bremen stiegen aus der Finanzierung aus. Viele Sozialdemokraten taten sich schwer mit dem Gedanken, die DDR weiterhin als totalitären Staat anzusehen«, sagt Frau Wilms. Dabei stand Salzgitter für keine Bundesregierung je zur Disposition, weder für Kohl noch für seinen Vorgänger Helmut Schmidt. Jedes Mal, wenn DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker seine berühmten vier Geraer Forderungen wiederholte – Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften, Neuregelung der Elbgrenze und eben die Auflösung der Erfassungsstelle –, hatte er mit einem harten Veto aus Bonn zu rechnen.

Doch zu Beginn des Jahres 1989 wendete sich das Blatt. Die SPD-regierten Länder Schleswig-Holstein und West-Berlin kündigten nun ebenfalls an, die Zahlungen für Salzgitter einzustellen. Die »Aktuelle Kamera« des DDR-Fernsehens berichtete genüsslich über diesen Triumph Ost-Berlins. Der damalige Berliner Regierende Bürgermeister Walter Momper kann in der Senatsentscheidung auch zweieinhalb Jahrzehnte später keinen Fehler entdecken: »Das war damals eine Mode der Zeit. Der Nutzen von Salzgitter war nicht besonders groß, denn niemand wusste doch, wann die Wiedervereinigung kommen würde. Es war sozialdemokratisches Allgemeingut, dass man im Zuge der Entspannungspolitik hier der DDR am ehesten

nachgeben konnte. Das sehe ich auch heute noch so.« Auch Hans-Otto Bräutigam, in den Achtzigerjahren Ständiger Vertreter Bonns in Ost-Berlin, attestiert Salzgitter »eine geringe praktische Bedeutung, weil sie registrierte, was passierte, Strafverfahren aber nicht möglich waren. Wir wollten nicht anklagen, sondern Probleme lösen. Es ging uns darum, den Schießbefehl und die Selbstschussanlagen wegzubekommen. Insofern war Salzgitter eine Anmerkung in den deutsch-deutschen Beziehungen.« Nur der damalige Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Björn Engholm, sieht sein Salzgitter-Votum heute kritischer: »Wären wir damals im Besitz aller heutigen Kenntnisse über die DDR gewesen, hätte die Entscheidung vielleicht anders ausfallen können.« Michael Hollmann, der im Bundesarchiv in Koblenz für die Salzgitter-Akten zuständig ist, glaubt: »Die Erfassungsstelle war wirklich der Stachel im Fleisch der DDR. Die Unterlagen sind schon eine extrem spannende Quelle. Es lässt sich ersehen, in welcher Weise das Rechtssystem der DDR Tabula rasa gemacht hat.«

Eine dicke Akte legte Salzgitter auch im Fall von Marietta und Siegfried Jablonski aus Magdeburg an, die im April 1971 von der StraÙe weg verhaftet wurden. Der Vorwurf: staatsfeindliche Hetze. Als der Prager Frühling 1968 von sowjetischen Truppen blutig niedergeschlagen wurde, kam es auch in Magdeburg zu Protesten, einige davon anonym. Ein Briefeschreiber ließ dem SED-Blatt »Volksstimme« und anderen Staatsinstitutionen in handschriftlicher und getippter Form subtile Systemkritik zukommen, die Dubček feierte und Ulbricht verdammt. Außerdem verlangten die insgesamt 13 unbotmäßigen Schreiben freie Antennen für alle: »Ist der Ostkrimi noch so schön, wir werden immer Westen sehen.« Stasi-Chef Erich Mielke befahl einen schnellen Erfolg. Ganz Magdeburg wurde auf den Kopf gestellt, Schreibmaschinen konfisziert, Schriftproben verglichen. Die Stasi tappte im Dunklen. Einer der Briefe zitierte Brecht: »General, du hast Panzer, sie sind stark und herrlich, sie haben nur einen Fehler, sie brauchen jemanden, der sie lenkt!« Das Dichterwort wurde als Hetzparole interpretiert, Marietta Jablonski hatte eine Abiturarbeit über Brecht geschrieben und war verdächtig. Weil sie querschnittsgelähmt war, konnte sie ihre Taten nur in einer Gruppe verübt haben. Also wurde ihr Mann gleich mit verhaftet.

Dann ging alles sehr schnell. Ohne einen einzigen stichhaltigen Beweis schlossen sich die Türen des Stasi-Gefängnisses in Magdeburg. Für das Ehepaar begann ein Martyrium. Die Stasi-Schergen hatten nur ein Ziel: Vernehmen bis zum Geständnis. Tage und Nächte wurden sie verhört. Als ihr angedroht wurde, den vier Jahre alten Sohn zur Zwangsadoption freizugeben, brach Marietta Jablonski zusammen: »Das war das Schlimmste. Nach drei, vier Wochen habe ich wider besseres Wissen ein Geständnis abgelegt. Ich konnte nicht mehr. Wenn Sie jeden Tag hören, was für ein Verbrecher Sie sind, was für ein schlechter, böser Mensch, dann werden Sie verrückt.« Während Marietta Jablonski im Oktober 1971 freikam, weil sie haftunfähig war, musste ihr Mann noch bis zum Januar 1972 warten, ehe ihm der Prozess gemacht wurde. Das Urteil hatte die Stasi schon diktiert: sechs Jahre Haft wegen staatsfeindlicher Hetze. Die Bundesrepublik kaufte das Ehepaar schließlich frei, im Mai 1974 durften sie in den Westen ausreisen. Sie bauten sich ein zweites Leben in Hannover auf, wo sie heute noch wohnen.

Doch die Jablonskis wurden vor einigen Jahren aus ihrem wohlverdienten Frieden gerissen. Cornelia Steiner schrieb im September 2009 in der *Braunschweiger Zeitung*, dass Frau Jablonski einen Anruf ihres einstigen Vernehmers erhalten habe, der sich darüber beklagt hatte, dass sie ihn in ihrem Buch »OV Optima« abwertend beschrieben habe. Sie solle ihn nicht so negativ darstellen, er sei damals jung und ehrgeizig gewesen, habe unter Druck gestanden. Ja, die Beweise gegen sie seien dünn und löchrig gewesen. Aber so sei das nun einmal gelaufen. Im Übrigen habe er sie sehr gemocht. Und dann weiter: »Ich bin wieder Waffenträger.« Es blieb bei den Drohungen. Hans-Jürgen Grasemann knöpfte sich den Anrufer vor und informierte die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt, Birgit Neumann-Becker, über den Fall.

Nach der Wende sind die Jablonskis rehabilitiert worden. Der falsche Verdacht, das erfolterte Geständnis, das gebeugte Recht – für all das wurde niemand zur Rechenschaft gezogen. Für die Jablonskis bleibt das ein Frevel. Oberstaatsanwalt Grasemann kennt die Klagen vieler Opfer der SED-Justiz: »Wir haben hier ein Rechtsproblem. Rechtsbeugung war auch in der DDR strafbar, allerdings wurde der

Paragraf nicht angewendet in den vorliegenden Fällen. Das Unrecht war ja in der DDR Recht. Hinzu kommt das Rückwirkungsverbot. Das heißt, wir können kein Strafgesetz rückwirkend in Kraft setzen. Das ist natürlich bitter.« Dennoch kommt es nach der deutschen Einheit zu 62 000 Ermittlungsverfahren. Die wichtigste Quelle: Akten aus Salzgitter. Sie werden auch in Zukunft jeder Umdeutung des Unrechtsstaats DDR im Wege sein.